



Brüssel, den 23. Februar 2024
(OR. en)

6949/24

Interinstitutionelles Dossier:
2023/0093(COD)

COPEN 97
JAI 327
CODEC 593

BERATUNGSERGEBNISSE

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Delegationen
Nr. Vordok.:	6480/24
Betr.:	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Übertragung von Verfahren in Strafsachen – Formblätter gemäß Artikel 6 Absatz 2a, Artikel 15a Absätze 1a und 2a und Artikel 15b Absatz 1a der allgemeinen Ausrichtung des Rates – Von der Gruppe „Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen“ vereinbarter Wortlaut

In der Sitzung der Gruppe „Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen“ (COPEN) vom 15. Februar 2024 haben die Mitgliedstaaten vollständiges Einvernehmen über den Wortlaut der in Artikel 6 Absatz 2a, Artikel 15a Absätze 1a und 2a und Artikel 15b Absatz 1a der allgemeinen Ausrichtung des Rates (Dok. 16881/23) genannten zusätzlichen Formblätter erzielt.

Der vereinbarte Wortlaut der Formblätter ist in der Anlage wiedergegeben.

ANHANG II

Formblatt gemäß Artikel 6 Absatz 2a der Verordnung (EU) 2024/...⁺

Zweck dieses Formblatts ist es, Sie um Unterstützung zu bitten, um die verdächtige/beschuldigte Person darüber zu unterrichten, dass ein Ersuchen um Übertragung des Strafverfahrens geplant ist, und um die Stellungnahme der verdächtigen/beschuldigten Person einzuholen. Bitte senden Sie das ausgefüllte Formblatt zurück.

I. Zuständige Behörden

Ersuchender Staat:

Ersuchende Behörde:

Aktenzeichen im ersuchenden Staat:

Ersuchter Staat:

Ersuchte Behörde:

Informationen über entsprechende/parallele Strafverfahren im ersuchten Staat, sofern verfügbar:

.....

Behörde im ersuchten Staat, die vor dem Erhalt dieses Ersuchens um Unterstützung konsultiert wurde, (falls zutreffend):

.....

II. Identität der verdächtigen/beschuldigten Person

i) Im Falle natürlicher Personen:

Nachname:

Vorname(n):

Ggf. sonstige relevante Namen:

Ggf. Aliasnamen:

Geschlecht:

Staatsangehörigkeit:

Identitätsnummer oder Sozialversicherungsnummer, falls verfügbar:

Art und Nummer des Ausweisdokuments (Personalausweis, Reisepass), falls verfügbar:

.....

Geburtsdatum:

Geburtsort:

⁺ ABL.: Bitte im Text die Nummer der vorliegenden Verordnung einfügen.

Wohnsitz und/oder bekannte Anschrift; falls die Anschrift nicht bekannt ist, letzte bekannte Anschrift:

.....
Arbeitsplatz (einschließlich Kontaktdaten), falls verfügbar:

Sonstige Kontaktdaten (E-Mail, Telefonnummer), falls verfügbar:

Ggf. Sprache(n), die die Person versteht:

Sonstige relevante Informationen, falls verfügbar:

ii) *Im Falle eines gesetzlichen Vertreters* (falls vorhanden; wenn aufgrund des Alters, der körperlichen oder der geistigen Verfassung der verdächtigen/beschuldigten Person als notwendig erachtet wird):

Nachname:

Vorname(n):

Ggf. sonstige relevante Namen:

Staatsangehörigkeit:

Identitätsnummer oder Sozialversicherungsnummer, falls verfügbar:

Art und Nummer des Ausweisdokuments (Personalausweis, Reisepass), falls verfügbar:

.....
Geburtsdatum:

Geburtsort:

Wohnsitz und/oder bekannte Anschrift; falls die Anschrift nicht bekannt ist, letzte bekannte Anschrift:

.....
Kontaktdaten (E-Mail, Telefonnummer), falls verfügbar:

Ggf. Sprache(n), die die Person versteht:

Sonstige relevante Informationen, falls verfügbar:

iii) *Im Falle juristischer Personen:*

Bezeichnung:.....

Rechtsform der juristischen Person:

Ggf. Kurzbezeichnung, üblicher Name oder Handelsname:

.....
Eingetragener Sitz:

Registernummer:

Anschrift der juristischen Person:

Sonstige Kontaktdaten (E-Mail, Telefonnummer), falls verfügbar:

Name des Vertreters der juristischen Person:

Sonstige relevante Informationen, falls verfügbar:

**Formblatt für die Unterrichtung der verdächtigen/beschuldigten Person und Einholung der
Stellungnahme der verdächtigen/beschuldigten Person über ein geplantes Ersuchen um
Übertragung des Strafverfahrens¹**

**A) Der verdächtigen/beschuldigten Person zu übermittelnde Informationen (von der
ersuchenden Behörde auszufüllen)**

Der/die/das [ersuchende Behörde] in [ersuchender Staat]² teilt
Ihnen, [verdächtige/beschuldigte Person], mit, dass die Absicht besteht,
gemäß Artikel 6 der Verordnung (EU) 2024/...⁺ des Europäischen Parlaments und des Rates über
die Übertragung von Verfahren in Strafsachen ein Ersuchen um Übertragung des gegen Sie
eingeleiteten Strafverfahrens mit dem Aktenzeichen an
[ersuchter Staat] zu stellen.

Informationen über das zu übertragende Strafverfahren

Beschreibung des Verhaltens und des Sachverhalts, das bzw. der der/den Straftat/en zugrunde liegt,
für die ein Ersuchen um Übertragung des Strafverfahrens beabsichtigt ist, und deren rechtliche
Einordnung:

.....
.....
.....
.....

¹ Der verdächtigen/beschuldigten Person in einer für sie verständlichen Sprache zu
übermitteln.

² Im elektronischen Formblatt könnte ein Dropdown-Menü vorgesehen werden, das die
Auswahl des betreffenden Mitgliedstaats ermöglicht.

⁺ ABL.: Bitte im Text die Nummer der vorliegenden Verordnung einfügen.

B) Stellungnahme der verdächtigen/beschuldigten Person zu dem beabsichtigten Ersuchen um Übertragung des Strafverfahrens (von der ersuchten Behörde auszufüllen)

1. Sie werden gebeten, sofern sie es wünschen, Ihre Stellungnahme zu der Absicht
[Angabe der ersuchenden Behörde] in [ersuchender Staat]³ abzugeben,
ein Ersuchen um Übertragung des gegen Sie eingeleiteten Strafverfahrens an
[ersuchter Staat]⁴ zu stellen.

Meine Stellungnahme zur Übertragung des Strafverfahrens ist:

☐ **Positiv**

☐ **Negativ**

Falls Sie dies wünschen, geben Sie Gründe an:

.....
.....

2. Falls zutreffend: Die Informationen über das beabsichtigte Ersuchen um Übertragung des Strafverfahrens und die Stellungnahme der verdächtigen/beschuldigten Person können auch mündlich erteilt und nach dem Aufzeichnungsverfahren des nationalen Rechts des ersuchten Staates festgehalten werden.

☐ Die verdächtige/beschuldigte Person hat ihre Stellungnahme mündlich abgegeben. Die Niederschrift der Aufzeichnung ist beigelegt und wird zusammen mit diesem Formblatt an die ersuchende Behörde weitergeleitet.

Ihre Stellungnahme wird von (ersuchende Behörde) bei der Entscheidung, ob um die Überstellung ersucht wird, berücksichtigt.

³ Im elektronischen Formblatt könnte ein Dropdown-Menü vorgesehen werden, das die Auswahl des betreffenden Mitgliedstaats ermöglicht.

⁴ Idem.

ANHANG III

Formblatt gemäß Artikel 15a Absätze 1a und 2a der Verordnung (EU) 2024/...⁺

Zweck dieses Formblatts ist es, Sie um Unterstützung bei der Unterrichtung der verdächtigen/beschuldigten Person zu ersuchen, nachdem eine Entscheidung über das Ersuchen um Übertragung des Strafverfahrens getroffen wurde. Bitte senden Sie das ausgefüllte Formblatt zurück.

I. Zuständige Behörden

Ersuchender Staat:

Ersuchende Behörde:

Aktenzeichen im ersuchenden Staat:

Ersuchter Staat:

Ersuchte Behörde:

Aktenzeichen im ersuchten Staat, falls verfügbar:

II. Identität der verdächtigen/beschuldigten Person

i) Im Falle natürlicher Personen:

Nachname:

Vorname(n):

Ggf. sonstige relevante Namen:

Ggf. Aliasnamen:

Geschlecht:

Staatsangehörigkeit:

Identitätsnummer oder Sozialversicherungsnummer, falls verfügbar:

Art und Nummer des Ausweisdokuments (Personalausweis, Reisepass), falls verfügbar:

.....

Geburtsdatum:

Geburtsort:

Wohnsitz und/oder bekannte Anschrift; falls die Anschrift nicht bekannt ist, letzte bekannte Anschrift:

.....

Arbeitsplatz (einschließlich Kontaktdaten), falls verfügbar:

Sonstige Kontaktdaten (E-Mail, Telefonnummer), falls verfügbar:

⁺ ABL.: Bitte im Text die Nummer der vorliegenden Verordnung einfügen.

Ggf. Sprache(n), die die Person versteht:
Sonstige relevante Informationen, falls verfügbar:

ii) *Im Falle juristischer Personen:*

Bezeichnung:.....
Rechtsform der juristischen Person:
Ggf. Kurzbezeichnung, üblicher Name oder Handelsname:
.....
Eingetragener Sitz:.....
Registernummer:.....
Anschrift der juristischen Person:
Sonstige Kontaktdaten (E-Mail, Telefonnummer), falls verfügbar:
Name des Vertreters der juristischen Person:
Sonstige relevante Informationen, falls verfügbar:

Formblatt für die Unterrichtung der verdächtigen/beschuldigten Person, nachdem eine Entscheidung über das Ersuchen um Übertragung des Strafverfahrens getroffen wurde⁵

Informationen über das Stellen eines Ersuchens um Übertragung des Strafverfahrens

1. Gemäß Artikel 15a der Verordnung (EU) 2024/...⁺ des Europäischen Parlaments und des Rates über die Übertragung von Verfahren in Strafsachen unterrichtet [Angabe der ersuchenden/ersuchten Behörde] in [ersuchender/ersuchter Staat]⁶ Sie, [verdächtige/beschuldigte Person], dass am [Datum] ein Ersuchen um Übertragung des gegen Sie eingeleiteten Strafverfahrens mit dem Aktenzeichen an [ersuchter Staat]⁷ gestellt wurde.

Informationen über das zu übertragende Strafverfahren

2. Beschreibung des Verhaltens und des Sachverhalts, das bzw. der der/den Straftat/en zugrunde liegt, für die das Ersuchen um Übertragung des Strafverfahrens gestellt wurde, und deren rechtliche Einordnung:

.....
.....

Informationen über die Annahme/Ablehnung der Übertragung des Strafverfahrens

3. Ihnen wird mitgeteilt, dass gemäß Artikel 12 der Verordnung (EU) 2024/...⁺ des Europäischen Parlaments und des Rates über die Übertragung von Verfahren in Strafsachen [Angabe der ersuchten Behörde] in [ersuchter Staat]⁸ am [Datum]

☐ eine Übertragung des Strafverfahrens durch eine begründete Entscheidung, die diesem Formblatt beigelegt ist, **angenommen hat**;

☐ eine Übertragung des Strafverfahrens **abgelehnt hat**.

Ihnen wird auch mitgeteilt, dass Sie im Falle der Annahme der Übertragung des Strafverfahrens in..... [ersuchter Staat]⁹ das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf gegen die Entscheidung haben. Sie können dieses Recht innerhalb von..... [Anzahl der Tage] Tagen ab dem Tag des Erhalts der diesem Formblatt beigelegten begründeten Entscheidung über die Annahme der Übertragung des Strafverfahrens ausüben, indem Sie vor [zuständige Behörde im ersuchten Staat] einen Rechtsbehelf einlegen.

⁵ Der verdächtigen/beschuldigten Person in einer für sie verständlichen Sprache zu übermitteln.

⁺ ABL.: Bitte im Text die Nummer der vorliegenden Verordnung einfügen.

⁶ Im elektronischen Formblatt könnte ein Dropdown-Menü vorgesehen werden, das die Auswahl des betreffenden Mitgliedstaats ermöglicht.

⁷ Idem.

⁸ Idem.

⁹ Idem.

Angaben zur zuständigen Behörde im ersuchten Staat, bei der Sie einen Rechtsbehelf gegen die Entscheidung über die Annahme der Übertragung des Strafverfahrens einlegen können:

Bezeichnung der Behörde:

Aktenzeichen:

Anschrift:

Telefonnummer: (Landesvorwahl) (Gebiets-/Ortsvorwahl)

E-Mail-Adresse:

ANHANG IV

Formblatt gemäß Artikel 15b Absatz 1a der Verordnung (EU) 2024/...⁺

Zweck dieses Formblatts ist es, Sie um Unterstützung bei der Unterrichtung des Opfers/der Opfer zu ersuchen, nachdem eine Entscheidung über das Ersuchen um Übertragung des Strafverfahrens getroffen wurde. Bitte senden Sie das ausgefüllte Formblatt zurück.

I. Zuständige Behörden

Ersuchender Staat:

Ersuchende Behörde:

Aktenzeichen im ersuchenden Staat:

Ersuchter Staat:

Ersuchte Behörde:

Aktenzeichen im ersuchten Staat, falls verfügbar:

II. Identität des Opfers/der Opfer:i) *Im Falle natürlicher Personen:*

Nachname:

Vorname(n):

Ggf. sonstige relevante Namen:

Geschlecht:

Staatsangehörigkeit:

Identitätsnummer oder Sozialversicherungsnummer, falls verfügbar:

Art und Nummer des Ausweisdokuments (Personalausweis, Reisepass), falls verfügbar:

.....

Geburtsdatum:

Geburtsort:

Wohnsitz und/oder bekannte Anschrift; falls die Anschrift nicht bekannt ist, letzte bekannte Anschrift:

.....

Sonstige Kontaktdaten (E-Mail, Telefonnummer), falls verfügbar:

.....

⁺ ABL.: Bitte im Text die Nummer der vorliegenden Verordnung einfügen.

Ggf. Sprache(n), die die Person versteht:
Sonstige relevante Informationen, falls verfügbar:

ii) *Im Falle juristischer Personen:*

Bezeichnung:.....
Rechtsform der juristischen Person:
Ggf. Kurzbezeichnung, üblicher Name oder Handelsname:
.....
Eingetragener Sitz:.....
Registernummer:.....
Anschrift der juristischen Person:
Sonstige Kontaktdaten (E-Mail, Telefonnummer), falls verfügbar:
Name des Vertreters der juristischen Person:
Sonstige relevante Informationen, falls verfügbar:

Formblatt für die Unterrichtung des Opfers/der Opfer, nachdem eine Entscheidung über das Ersuchen um Übertragung des Strafverfahrens getroffen wurde¹⁰

Informationen über das Stellen eines Ersuchens um Übertragung des Strafverfahrens

1. Gemäß Artikel 15b der Verordnung (EU) 2024/...⁺ des Europäischen Parlaments und des Rates über die Übertragung von Verfahren in Strafsachen unterrichtet [Angabe der ersuchenden/ersuchten Behörde] in..... [ersuchender/ersuchter Staat]¹¹ Sie, [Opfer], dass am.....[Datum] ein Ersuchen um Übertragung des Strafverfahrens mit dem Aktenzeichen gegen..... [verdächtige/beschuldigte Person] an [ersuchter Staat]¹² gestellt wurde.

Informationen über das zu übertragende Strafverfahren

2. Beschreibung des Verhaltens und des Sachverhalts, das bzw. der der/den Straftat/en zugrunde liegt, für die das Ersuchen um Übertragung des Strafverfahrens gestellt wurde, und deren rechtliche Einordnung:

.....
.....

Informationen über die Annahme/Ablehnung der Übertragung des Strafverfahrens

3. Ihnen wird mitgeteilt, dass gemäß Artikel 12 der Verordnung (EU) 2024/...⁺ des Europäischen Parlaments und des Rates über die Übertragung von Verfahren in Strafsachen.....[Angabe der ersuchten Behörde] in [ersuchter Staat]¹³ am [Datum]

☐ eine Übertragung des Strafverfahrens durch eine begründete Entscheidung, die diesem Formblatt beigelegt ist, **angenommen hat**;

☐ eine Übertragung des Strafverfahrens **abgelehnt hat**.

Ihnen wird auch mitgeteilt, dass Sie im Falle der Annahme der Übertragung des Strafverfahrens in..... [ersuchter Staat]¹⁴ das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf gegen die Entscheidung haben. Sie können dieses Recht innerhalb von..... [Anzahl der Tage] Tagen ab dem Tag des Erhalts der diesem Formblatt beigelegten begründeten Entscheidung über die Annahme der Übertragung des Strafverfahrens ausüben, indem Sie vor [zuständige Behörde im ersuchten Staat] einen Rechtsbehelf einlegen.

¹⁰ Dem Opfer/den Opfern in einer für ihn/sie verständlichen Sprache zu übermitteln.

⁺ ABL.: Bitte im Text die Nummer der vorliegenden Verordnung einfügen.

¹¹ Im elektronischen Formblatt könnte ein Dropdown-Menü vorgesehen werden, das die Auswahl des betreffenden Mitgliedstaats ermöglicht.

¹² Idem.

¹³ Idem.

¹⁴ Idem.

Angaben zur zuständigen Behörde im ersuchten Staat, bei der Sie einen Rechtsbehelf gegen die Entscheidung über die Annahme der Übertragung des Strafverfahrens einlegen können:

Bezeichnung der Behörde:

Aktenzeichen:

Anschrift:

Telefonnummer: (Landesvorwahl) (Gebiets-/Ortsvorwahl)

E-Mail-Adresse:
